

Die Jugendlichen merken, dass ihre Freundinnen und Freunde leiden

Seit Monaten schlagen Fachleute Alarm. Nun bestätigen Zahlen erstmals, dass Corona Kinder und Jugendliche psychisch am stärksten belastet.

Alessandra Paone

BERN Die Zahl der Kinder und Jugendlichen mit psychischen Problemen hat während der Pandemie stark zugenommen. Sie leiden an Depressionen, Essstörungen und denken im schlimmsten Fall darüber nach, sich das Leben zu nehmen. Was seit Monaten Fachpersonen und Medien stark beschäftigt, spiegelt sich nun in einer repräsentativen Studie des Markt- und Sozialforschungsinstituts Link wider. Diese hat die Auswirkungen der Pandemie auf die psychische Gesundheit der Bevölkerung untersucht. Die Erhebung wurde jeweils im Januar 2021 und 2022 in der Deutsch- und der Westschweiz durchgeführt; in diesem Jahr haben 1024 Personen zwischen 15 und 79 Jahren daran teilgenommen.

Die Teilnehmenden wurden gebeten, ihre eigene Situation während der Pandemie sowie diejenige ihrer Familie und Freunde im Vergleich zum Vorjahr zu bewerten. Bei der diesjährigen Befragung sind die Forscherinnen und Forscher vertieft auf die Situation von Kindern und Jugendlichen im Freundeskreis eingegangen.

Es zeigt sich, dass beinahe ein Drittel der Bevölkerung mehr Sorgen und Ängste meldet als noch vor einem Jahr. Diese Tendenz tritt in allen Altersgruppen auf, ist aber zurzeit bei den 15- bis 29-Jährigen am stärksten erkennbar: 37 Prozent stellen bei ihren Freundinnen und Freunden eine Verschlechterung der psychischen Gesundheit fest. Sie beobachten zudem eine wachsende Aggressivität und geben an, dass immer mehr Personen aus ihrem Umfeld an Depressionen



Die Sorgen und Ängste nehmen zu: Diese Tendenz ist bei den 15- bis 29-Jährigen gemäss einer Studie am ausgeprägtesten.

Bild Nicole Pont

leiden und sich überlegen, zum Psychiater zu gehen. «Diese Ergebnisse sprechen klar dafür, dass sich insbesondere die jüngeren Generationen aufgrund der Pandemiesituation untereinander stärker zu Themen psychischer Gesundheit austauschen», sagt Studienleiter Stefan Reiser.

Suizidgedanken nehmen zu

Im Vergleich zu 2021 ist auch die Zahl junger Menschen gestiegen, die in ihrem Umfeld Suizidgedanken wahrnehmen: von fünf auf sieben Prozent. Obwohl es sich nur um eine Zunahme von zwei Prozentpunkten handelt, spricht Reiser von einem «sehr beunruhigenden» Wert. «Das sind klare Alarmsignale, die die Gesellschaft unbedingt ernst nehmen sollte.» Anfang Jahr wies bereits die Präsidentin des Stiftungsrats Pro Juventute, Barbara

Schmid-Federer, besorgt auf die Hilferufe Jugendlicher hin. Gemäss Zahlen des Corona-Reports von Pro Juventute gingen 2021 bei der Notrufnummer 147 pro Tag im Schnitt sieben Anrufe von Jugendlichen ein, die über Suizidgedanken sprechen wollten.

Wie Jugendpsychiater Oliver Bilke-Hentsch in einem Interview mit dieser Zeitung sagte, sind Kinder und Jugendliche, die sich ständig in den sozialen Medien aufhalten, besonders gefährdet für psychische Erkrankungen. Seine Aussage deckt sich mit den Ergebnissen der Link-Studie, wonach der beobachtete Konsum digitaler Medien seit Beginn der Pandemie generell (44 Prozent) zugenommen hat, am stärksten aber bei den 15- bis 29-Jährigen (51 Prozent). Diese Problematik sei zwar schon vor der Corona-Krise bekannt gewesen, habe

sich durch die Pandemie aber zusätzlich verschärft, sagte Bilke-Hentsch. Studienleiter Stefan Reiser führt den steigenden Konsum digitaler Medien ebenfalls auf die Corona-bedingte Isolation zurück. «Ein Viertel der Studienteilnehmenden beobachten, dass sich Kinder und Teenager seltener oder viel seltener treffen oder miteinander spielen», sagt er.

Immer mehr genervte Chefs

Die Pandemie wirkt sich auch stark auf das Berufsleben aus. Damit ist allerdings weniger die Produktivität gemeint. Die Befragten berichten sogar, dass sie selbst, aber auch ihre Kolleginnen und Kollegen im letzten Jahr mehr geleistet hätten. Rund ein Drittel ist aber der Meinung, dass sich die Stimmung ihrer Vorgesetzten und überhaupt das Arbeitsklima verschlechtert hätten. Zudem

beschwerten sich 36 Prozent über ein verschlechtertes Kundenverhalten. Erfahrungen der Swiss oder der SBB mit renitenten Flug- oder Fahrgästen bestätigen diese Entwicklung.

Immerhin: Die Schweizerinnen und Schweizer beurteilen ihre Lebensqualität als insgesamt ausgewogen. Wobei ein signifikanter Teil immer noch ungesünder isst als vor der Pandemie, schlechter schläft und über Probleme in der Partnerschaft klagt. Mit Ausnahme verschiedener Abweichungen bei den Jugendlichen zeige die neue Studie, dass sich das Wohlbefinden der Schweizer nach eigener Einschätzung im letzten Jahr etwas verbessert habe, sagt Stefan Reiser. «Das hat wohl auch damit zu tun, dass einige Menschen gelernt haben, mit der Ausnahmesituation besser umzugehen.»

Russland will, dass die Schweiz Farbe bekennt

BERN Jetzt hat auch die Schweiz Post aus Moskau bekommen. Aussenminister Sergei Lawrow fordert seinen Amtskollegen Ignazio Cassis in einem Brief auf, zum russischen Forderungskatalog an die USA und die Nato Stellung zu beziehen. Die Führung in Moskau wirft dort den USA und den Europäern vor, mit der Nato-Osterweiterung im Widerspruch zu internationalen Vereinbarungen gegen russische Sicherheitsinteressen zu verstossen. Bundespräsident Cassis habe einen entsprechenden Brief erhalten, bestätigte Pierre-Alain Eltschinger, Sprecher im Auswärtigen Departement (EDA).

Im Brief erkläre Lawrow die russischen Vorstellungen einer europäischen Sicherheitsordnung, so das EDA: «Wir haben die Sichtweise von Minister Lawrow zur Kenntnis genommen.» In der Regel würden Schreiben an den Bundespräsidenten individuell beantwortet. Die Schweiz wolle den Brief aber im Rahmen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) besprechen. Schliesslich gehe es bei den vorgebrachten Themen um Beschlüsse, die im OSZE-Ministerrat getroffen worden seien. Der derzeitige polnische OSZE-Vorsitz werde nächste Woche einen Dialogprozess beginnen.

Im Fokus der russischen Forderung steht die Europäische Sicherheitscharta, die von der OSZE 1999 erstmals verabschiedet und später erweitert wurde. In der Charta findet sich der Grundsatz, dass jeder Staat auf der Suche nach Sicherheit frei ein Bündnis wählen darf. Auf diesen Grundsatz pochen die USA und die Nato, wenn sie die Tür für einen Beitritt der Ukraine offenhalten wollen. Festgehalten wird in der Charta aber auch, dass kein Staat seine Sicherheit auf Kosten anderer Staaten vergrössern darf. Diesen Widerspruch nutzt Sergei Lawrow in seinen neuen Briefen aus, den neben der Schweiz unter anderem auch die Regierung des neutralen Irlands erhalten hat. *sti*

Trotz Niederlage ist er nun der Favorit

Der Waadtländer Nationalrat Olivier Feller hat gute Chancen, Fraktionspräsident der FDP zu werden. Auch wenn Westschweizer Freisinnige den Neuenburger Damien Cottier auf den Chefposten hieven wollen.

Philippe Reichen

LAUSANNE Eine entspannte Sitzung um eine Flasche Chaselas war es nicht. Am Dienstag traf sich die «Groupe latin», die Gruppe mit FDP-Bundesparlamentarierinnen und -parlamentarier aus dem Tessin und der Romandie, in Lausanne. Das Haupttraktandum: die Wahl eines Kandidaten für das Fraktionspräsidium im Bundeshaus. Die Bewerber: die Nationalräte Olivier Feller und Damien Cottier, aus der Waadt der eine, aus Neuenburg der andere.

Die Groupe latin war ziemlich genau in zwei Hälften gespalten. Damien Cottier bekam neun, Olivier Feller sieben Stimmen.

Die Strategie von Nationalrat Philippe Nantermod, Präsident der Groupe latin, ging damit nicht auf. Der Walliser hatte vor der Sitzung darauf einge-

schworen, sich auf einen einzigen Bewerber zu einigen. Damit wollte Nantermod die Chancen erhöhen, dass sich in Bern ein Romand gegen einen Deutschschweizer durchsetzt und so zu einem parteiübergreifend wichtigen Posten kommt.

Sein Plan schlug fehl. Nantermod gibt sich trotzdem zufrieden: «Wir alle sind den Kandidaten freundschaftlich verbunden. Weil es am Ende sehr eng war, beschlossen wir, zwei Kandidaten vorzuschlagen. Das ist eine elegante Art, der Fraktion eine Auswahl zu bieten.» Gefallen dürfte dem Walliser, dass sich Konkurrenz aus der Deutschschweiz gar nicht abzeichnet. Allerdings läuft die Bewerbungsfrist fürs Fraktionspräsidium noch bis am 8. Februar, und gewählt wird erst am 18. Februar.

Interessenten haben sich nicht vorgewagt. Auch vonseiten der FDP-Frauen nicht, de-



Könnte am 18. Februar neuer FDP-Fraktionspräsident werden: Der Waadtländer Nationalrat Olivier Feller.

Bild Keystone

ren Präsidentin, Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher, eine Kandidatur immerhin in Erwägung zog. Die St. Gallerin war für diese Zeitung nicht erreichbar.

Obschon er in der Vorwahl Damien Cottier unterlegen ist, würde Olivier Feller beim aktuellen Kandidatenfeld mit gros-

ser Wahrscheinlichkeit zum Fraktionspräsidenten bestimmt. Das bestätigen mehrere Deutschschweizer FDP-Parlamentarier auf Anfrage. Für Feller spreche die Anciennität, heisst es. Er sei seit zehn Jahren im Bundeshaus, politisiere auf dem Median der Fraktion und könne von dieser Position

aus die linken und rechten Ränder gut überschauen.

Schweizerdeutsch als Vorteil

Eine weitere Trumpfkarte Fellers sei, dass er zwar die Romandie vertrete, aber als Sohn Deutschschweizer Eltern perfekt Schweizerdeutsch spreche. Zudem ist er heute bereits Vizepräsident der Fraktion, und die FDP hat in den letzten Jahren stets die Vizechefs auf den Chefposten befördert. So verfuhr die Fraktion mit Gabi Huber, Ignazio Cassis und dem abtretenden Präsidenten Beat Walti.

Olivier Feller schlug in seinem Bewerbungsschreiben Daniela Schneeberger als Vizepräsidentin – und damit gemäss dieser Tradition künftige Präsidentin – vor. Das überzeugte FDP-Parlamentarier, weil sich die Baselbieter Treuhänderin und der Waadtländer Anwalt nicht nur aufgrund ihres Ge-

schlechts und ihrer Herkunft, sondern auch wegen ihrer Persönlichkeiten optimal ergänzen. Feller trete stets konziliant auf und suche nach Kompromissen, Schneeberger hingegen komme direkt zur Sache, äussere Widerspruch unverblümt und fordere Fraktionsdisziplin und Gruppensolidarität ein.

Dass Cottier gegenüber Feller im Nachteil ist, liegt vor allem daran, dass er erst seit 2019 im Nationalrat sitzt. Dasselbe trifft auf Vincenz-Stauffacher zu. Sollte die St. Gallerin doch kandidieren, käme wohl ein weiterer Diskussionspunkt auf. Ihr werden Ambitionen für eine Ständeratskandidatur nachgesagt. Würde sie ins Stöckli gewählt, sässe da mit Thierry Burkart bereits der Parteipräsident. Die Konstellation, dass Partei- und Fraktionspräsident im selben Rat sitzen, gilt für die Führung der Fraktion als ungünstig.